

PARLAMENARISCHE INITIATIVE von Irène Meier (GP, Küsnacht) und Mitunterzeichnende

betreffend Einführung des Geschlechterproporz bei der Wahl des Kantonsrates

Art. 32 der Kantonsverfassung wird wie folgt ergänzt:

Der Kantonsrat wird aus einer gleichen Anzahl Frauen und Männer gebildet und besteht aus 180 Mitgliedern. Diese werden in Wahlkreisen gewählt, deren Zahl und Umfang das Gesetz bestimmt.

Der Kantonsrat verteilt die Sitze auf die Wahlkreise im Verhältnis zur Wohnbevölkerung, wie sie durch das Statistische Amt zuletzt ermittelt worden ist.

Der Kantonsrat wird nach dem Verhältniswahlverfahren gewählt. Das Verfahren wird durch das Gesetz bestimmt.

Irène Meier

Regine Aepli	Dr. Thomas Huonker
Ruth Genner	Thomas Kessler
Christine Goll	Felix Müller
Susanne Hohermuth	Vreni Püntener-Bugmann
Diana Hornung	Daniel Vischer
Renata Huonker	Andrea Widmer Graf

Begründung:

Diese Parlamentarische Initiative will zusätzlich zum Verhältniswahlrecht, das einen Parteienproporz ermöglicht, auf kantonaler Ebene den Geschlechterproporz ermöglichen.

Es gab zum Ausgleich von einseitigen Machtkonzentrationen schon immer Korrekturmöglichkeiten, die darin bestehen, verschiedenen Bevölkerungs- oder Interessengruppen eine angemessene Vertretung zu garantieren. Dies geschieht in der Regel mit dem Mittel des Proporz. Der Proporzgedanke soll auch zur Verbesserung der politischen Repräsentation

der Frauen angewandt werden. Gleich viele Frauen wie Männer im Kantonsrat zu haben wäre ein Schritt zu einer gerechteren Volksvertretung.

Ausserdem zeigt der Bericht der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen zur politischen Repräsentation der Frauen in der Schweiz ein signifikant anderes Abstimmungsverhalten von Frauen und Männern auf, insbesondere bei Vorlagen, die geschlechtsspezifische Rechte umverteilen, die das Militär, den Schutz des Lebens, Energie- und Verkehrsfragen sowie das Verhältnis der Schweiz zum Ausland betreffen. Die Frauen haben in der Regel fortschrittlicher und umweltfreundlicher abgestimmt. Frauen können sich somit nicht durch Männer vertreten lassen.

Zudem würden durch eine gerechte Vertretung der Frauen im Parlament mehr Impulse für die Verwirklichung von Postulaten wie z.B. vermehrte Tagesschulen, Blockzeiten, mehr Teilzeitstellen ausgehen.